

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 4

Bezugpreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,35 M., in Württemberg 2,65 M. vierteljährlich, hiezu Postgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Zeile oder deren Raum. Nebens 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 92

Donnerstag, den 17. April 1919

36. Jahrgang.

Karsfreitag.

Sein Karsfreitag und unser Karsfreitag. Karsfreitag hier wie dort. Hier wie dort eine Katastrophe, von ferneher vorbereitet und doch zuletzt sah hereinbrechend. Hier wie dort ein Untergang voll Schmerz und voller Hohn.

Die Leidensgeschichte, die unser Volk fest durchzumachen hat, kann in manchem an Christi Passion erinnern. Es fehlen nicht die falschen Zeugen mit ihrer böswilligen Verleumdung. Es fehlen nicht die Judasgeelen, die in der Stunde der Not das eigene Volk verleugnen oder gar ihm in den Rücken fallen. Es fehlen nicht die Feinde, deren trunkene Gier sich kaum gesättigt hat, ihr Opfer zu markieren. Sie weiden sich an unserer Ohnmacht und wotten: „Anderer hat er geholt und kann sich selbst nicht helfen.“ Sie sitzen und rathschlagen, wie sie uns zerstücken und wertlos machen wollen; wir aber gedankenlos und wortlos: „Sie haben meine Kleider unter sich geteilt und haben über meinen Kopf das Los geworfen.“

Die großen Passionen im Westen und im Osten zeigen alle eine gewisse Verwandtschaft. Und ist doch ein tiefgreifender Unterschied zwischen Christi Passion und der unseren. Die Frage nach der Schuld beantwortet sich bei uns ganz anders, als bei ihm.

Nicht als wäre das Unglück, das über uns gekommen, an sich schon Beweis einer besonderen Schuld, die wir auf uns geladen. Gerade das Kreuz Christi steht da als Wahrzeichen für das geheimnisvolle Wollen Gottes, der oft genug auch die beste Sache erliegen und seine Diener in Schmach und Elend untergehen läßt. Nur für oberflächlich urteilende Menschen ist ohne weiteres jeder Karsfreitag ein Tag der Anklage, jedes Kreuz ein Schandfahne. In Gottes Augen können Kreuz und Karsfreitag die höchsten Ehrenzeichen sein.

Aber die Frage ist: dürfen wir unseren Karsfreitag uns mit voller Zuversicht als Chrentag anrechnen? Haben wir unsern Kampf durchwegs mit reinen Waffen geführt? Haben wir in diesen Jahren, wo es galt, mehr als jemals zusammengehört, die Probe bestanden? Und als unsere Gethemane und Golgothastunde schlug, haben wir da die Hohen der Begegnung bewie, die in bitterster Bein der Mann am Kreuz benötigt? Ernten Menschen ist der Karsfreitag noch immer der Tag geworden, der sie zur Selbstbestimmung aufrief und ihnen den weiten Abstand zum Bewußtsein beachte zwischen dem, was sie ein sollten und dem, was sie wirklich sind.

Aber eben darum wurde er ihnen auch zum Tag innerer Reinigung und kraftvoller Erhebung. Zumal, wenn sie selbst auch dankte Wege zu gehen hatten, erlitten sie das wunderbare Leben, der seinen treuen Knecht durch Todesleben vollenden wollte und dessen Weise es heute noch ist, alle, die guten Willens sind, durch äußeren Leid und Dornenweg in innerer Reife zu führen.

Sieg und Triumph und alle Beute, die sie noch sich holen werden, müssen wir unsern Feinden überlassen. Wir wollen es ihnen nicht weiden. Es ist nicht alles Gutes, was glänzt. Aber noch immer ist ein Rest Gold aus dem Schmelztopf der Trübsal hervorgegangen. Nur freilich muß man in die Hand des Schmieders sich geben, daß er sein Werk tun kann. Erlaubt unser Volk die Zeit seiner Reimung, so wird aus dem Karsfreitag ein Ehrenfest erwachsen. Trotz Dornenkrone und blutenden Wunden wird sich's an ihm erfüllen: „Ich werde nicht scheiden, sondern leben und des Herrn Werk vollenden.“

Stabelfeder.

Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

Weimar, 15. April. Reichspräsident Ebert hat an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft gerichtet:

Die Nationalversammlung, als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes, hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volks und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße diese Aundgebung als das Bekenntnis des unbegrenzten Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Frieden

ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundlag der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein. Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, Friede, Brot und Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen.

Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, so lange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerhasses und der Rache beherrschten lassen und durch Hunger, Blockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlagen für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir haben die schweren Aufgaben des Waffenstillstands erfüllt, unser Heer aufgelöst, die feindlichen Kriegsgefangenen herausgegeben; aber immer noch wird uns der Frieden vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch gequält und unsere Geiseln immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges, und eine Befreiung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für unser Volk, das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fallen somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfer Stunde vor Augen halten.

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unser es eigenen Volks in einem Kampf verharrten, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist vieles geahndigt worden in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist es unsere erste Pflicht zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Masse nach Menschlichkeit und Menschewürdigkeit soll keine Entlastung für eine Hand voll führender Unruhstifter sein, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu hören im Wege. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des inneren Staatslebens eingeräumt werden. Insbesondere die Arbeiterfrage ist Gegenstand andauernder Prüfung der Regierung, aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die politikwissenschaftliche Diktatur der Minorität des Profletariats würde den Industriehaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angehörten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen; aber sinnlos politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter mit ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes diesen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenzutreten und gegen Gewalt einiger terroristischer Elementen entschieden einzugreifen.

Schleuniger Frieden nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes der Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der dringenden Bitte: Laßt ab von der Selbstzerfleischung! Überwindet euch! Tut die Augen auf vor dem Abgrund! Arbeiter! und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohin Sie auch gehen während der Pause, die jetzt in ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit unseres Volkes! „In unser neues Deutschland darf nicht zu Schanden werden!

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 15. April.

Nach Erledigung einiger Anträge wird die Vorlage zur Festlegung des

1. Mai als nationalen Feiertag

erörtern. Nach der Regierungsvorlage soll der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragte die Abg. v. Pauer (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) den entscheidenden § 1 wie folgt zu fassen:

„Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedächtnis des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes gewidmet ist und für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrahlt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahr wird am 1. Mai gefeiert zugleich als eine Volkshandlung für politischen und sozialen Fortschritt für einen gerechten Frieden, für sofortige Beilegung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für völlige Gleichberechtigung im Völkerbund. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne der Reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften als allgemeiner Feiertag.“

Nach dem gleichen Antrage soll die Ueberschrift des Gesetzes heißen: „Entwurf eines Gesetzes für einen allgemeinen Feiertag.“ Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zu einem allgemeinen Feiertag zu erheben.

Dr. David (Soz.): Wir fordern einen allgemeinen Feiertag der den hohen Ideen des internationalen Arbeiterschutzes und des Weltfriedens gewidmet sein soll. Die moderne kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bedroht Millionen von Menschen mit gesundheitlichen Schädigungen und persönlicher Verelendung. Dagegen kämpft sich der Wille und das Kulturbewußtsein der Arbeiterschaft auf. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlag die Erfüllung der Forderung des Achtstundentags gebracht. Aber auch bei den anderen Völkern muß der gleiche Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Richtung getan werden. Daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentags und der gesamten Arbeiterschutzes gleichzeitig auf der Friedenskonferenz. Der 1. Mai, bisher ein Kampffesttag der proletarischen Arbeiterschaft, soll nunmehr ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Ferner soll er dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker gelten. Bei den freireicheren Völkern freilich sind Maßpolitiker an der Arbeit. Dagegen Pläne appellieren wir an die Arbeiter auch in den freireicheren Ländern.

Abg. Kölsch (D.nat.): Es ist wirklich im höchsten Grade bedauernd und erschauend, wenn man in diesen Tagen einen Feiertag einführen will. Ein Streik folgt dem andern Millionen von Arbeitstagen werden vergebend. Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. Da Absicht, den 9. November zu einem Feiertag zu machen, bedeutet eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft. Mit dem Internationalismus haben wir bis jetzt nur die trübsten Erfahrungen gemacht. Ueberspannen Sie den Bogen nicht.

Abg. Haase (U.S.P.): Gewaltpolitik treiben nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie. Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerbefreiung und Völkerverbündung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Die Arbeiterklassen denken nicht daran, sich den 1. Mai vorzunehmen zu lassen.

Abg. Müller (D.nat.): Der Vorschlag, den 9. November zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht, während der 1. Mai eine aktuelle Frage ist. Der Antrag Pauer-Müller hat den großen Vorzug, daß er den Charakter dieses Feiertags und die Ideen, denen er gewidmet ist, festlegen will. Die Sozialdemokratie ist niemals gegen einen Feiertag Sturm gelassen.

Abg. Dr. Mittelmann (D.S.P.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Die Ausführungen des Abg. Haase zeigen, daß der 1. Mai nicht's anderes sein soll, als ein sozialdemokratischer Feiertag. In den Reichsparteien sieht es wirklich bedauerlich aus.

Abg. Hildebrand (Soz.): Eine Ablehnung der Vorlage würde den inneren Frieden nicht herbeiführen. Sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Pauer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen, einem Teil der Demokraten und einigen Zentrumsgesandten angenommen. In der dritten Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 85 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausfertigung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Kaisergesetzes. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Änderung angenommen, daß spätestens bis zum 10. April 1920 eine Regelung durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen und Unabhängigen angenommen.

Hierauf verliet Reichspräsident Ebert die Osterbotschaft des Reichspräsidenten Ebert, die mit jedem Beschlusse angenommen wird.

Das Haus geht hierauf in die Osterferien. Präsident Fehrenbach wird ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

Berlin, 15. April. Das Gesetz über die Reichsfeierlichkeiten wird nach den Osterferien der Nationalversammlung vorgelegt werden können.

Berlin, 16. April. Die deutsche Nationalversammlung soll nach dem „Tag“ im September nach Berlin verlegt werden.

Neues vom Tage.

Berlin, 15. April. Der vom Rätekongress neu gewählte Zentralkomitee besteht aus 16 Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, zwei Soldatenvertretern, einem Christlichsozialen, einem Bauernvertreter und einem Demokraten. Zu Vorsitzenden wurden Cohen und Hoff gewählt. Außerdem wurde ein engerer Arbeitsausschuss von 9 Mitgliedern gewählt, dem 8 Angehörige der Mehrheitssozialdemokraten und der Demokrat angehören. Die Sitzungen des Reiner-Ausschusses und des gesamten Zentralkomitees finden in dem ehemaligen preussischen Herrenhaus statt. Voraussichtlich werden alle 4 Wochen Vollversammlungen abgehalten.

Überwachung der Lebensmittelverteilung.

Berlin, 16. April. Die in Berlin eingetroffene amerikanische Abordnung zur Überwachung der Lebensmittelverteilung hat heute eine Besichtigungsfahrt der Groß-Berliner Lebensmittelverteilung vorgenommen.

Hamburg, 16. April. Nach dem „Freundenblatt“ sind von der Entente etwa 100.000 Tonnen Nahrungsmittel entweder direkt an Deutschland geliefert worden oder liegen zur Verfeinerung bereit in Rotterdam, Antwerpen und Kopenhagen. Es sollen ferner 300.000 Tonnen Lebensmittel, lieferbar im Monat April, unterwegs sein. 200.000 Tonnen Schiffraum sind auf der Fahrt nach überseeischen Verladestellen, um weitere Mengen aufzunehmen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 15. April. Die Alliierten ließen in Spa mitteilen, daß die Gerüchte unrichtig sind, die Entente habe die bayerische Kaiserrepublik anerkannt.

Der Generalfreik.

Weimar, 16. April. Der Präsident Ebert empfing die in Weimar eingetroffenen Vertreter der streikenden Bankbeamten von Berlin. Der Reichspräsident erklärte, der Widerstand der Bankbeamten gegen das Mißbestimmungsrecht der Angestellten könne nicht aufrechterhalten werden; der alte Verrechnungsstandpunkt der Unternehmertums müsse endlich zu Grabe getragen werden. Die Volkregierung habe volle Neigung für die Forderungen der Angestellten.

Köln a. Rh., 16. April. Die Auslandsbewegung von Angestellten der hiesigen industriellen Firmen erstreckt sich namentlich auf 45 größere Werke in Köln und umfaßt nahezu 5000 Personen.

Köln, 16. April. Der Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen, General Plumer, veröffentlicht eine Bekanntmachung, worin er auf die täglich erheftete Lage in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Kämpfe hinweist. Er verlangt, daß alle mit ihm zusammenarbeiten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur so könne den Bewohnern das Gland erpart werden, das anderswo eingetreten sei. Der General erklärt die Ausstände als ungesetzlich und befiehlt den Angestellten und Arbeitern, bei der Arbeit zu bleiben bzw. sie wieder aufzunehmen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen sich jeder herausfordernden Handlung fernhalten. Alle Streitigkeiten können der britischen Militärbehörde zur Vermittlung unterbreitet werden, wenn die deutschen Schlichtungsmittel versagt haben.

Hamburg, 16. April. Die Kommunisten suchten gestern Abend sich des Hauptbahnhofes zu bemächtigen. Der Anschlag scheiterte. Mehr als 1000 Personen stürmten das Rathaus und den Ratshaus und plünderten. Der Wache gelang es, die Plündernden zurückzubringen. Auf den Straßen wurden aufreizende Reden gegen Ebert und Scheidemann gehalten.

Wegen Kohlenmangels werden in Hamburg vom Freitag ab sämtliche Straßenbahnlilien vorläufig auf 8 Tage den Verkehr einstellen.

Breslau, 16. April. Eine Versammlung der Bankangestellten der Breslauer Bankfirmen lehnte mit 615 gegen 250 Stimmen den Streik ab.

BetriebsEinstellung der Eisenbahnen?

Essen, 16. April. In der Vorwoche ist die Förderung der Steine im Ruhrrevier noch weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schluß der vorhergehenden Woche auf täglich 35.000 Tonnen Kohlen gesunken war, betrug am 10. April nur noch 12.000 Tonnen. In normalen Kriegsmonaten bezifferte sie sich auf rund 330.000 Tonnen täglich. Abgesehen von privaten und kommunalen Betrieben steht nun auch die Eisenbahn vor der BetriebsEinstellung.

Konkurs einer Bergwerksgesellschaft.

Bochum, 16. April. Am 14. April ist über das Vermögen der Bochumer Bergwerksgesellschaft, der die Fische „Präsident“ gehört, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer größer werdenden Forderungen der Bergarbeiter zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abwenden war.

Die vierte Revolution in München.

München, 16. April. Der Kampf am Hauptbahnhof am letzten Sonntag kostete etwa 150 Tote und Verwundete.

Der neue Vollzugsrat gibt bekannt: Wer irgend etwas gegen den Vollzugsrat, seine Organe oder Anordnungen unternimmt, werde unverzüglich vor das Revolutionsgericht gestellt. Die Arbeiter müssen ihre Waffen stets bei sich tragen. Ein neues Stadium der Revolution sei eingetreten. Bezahlte Verräter haben im Verein mit dem Bürgertum und bezahlten Soldaten versucht, die Macht der Räte zu stützen. Der Versuch sei mißlungen. Ein neues Stadium der Revolution sei eingetreten. Wer für Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Lebensmittel usw. Preise fordere, die nicht im Einklang mit den Gestehungskosten stehen, habe Schließung des Geschäftes und strengste Strafe durch das Revolutionsgericht zu gewärtigen.

In München soll der Anarchist Sontheimer aus Aude gelangt sein und mit ihm die allerschlimmste Kom-

missige Richtung. Zahlreiche Lebensmittelwaren wurden geplündert.

Nach dem „B. L.“ hat sich ein neuer Aktionsausschuss in München unter Führung Levins und der Russen Levin und Agelrad gebildet. Eisenbahnzüge mit Arbeitswilligen wurden am Abfahren verhindert.

Augsburg, 16. April. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Spartakisten. Die Diktatur des Proletariats ist aufgerichtet. Die gesetzgebende und vollziehende Gewalt hat ein Ausmaß von 15 Mitgliedern übernommen.

Bamberg, 16. April. Die Spartakisten haben neue Verfügungen erlassen und den Hauptbahnhof zu ihrem militärischen Stützpunkt gemacht. Die Straßenkämpfe dauern an. Die republikanische Schutztruppe hat sich auf Verstärkungen zurückgezogen und auf den Bahnhof ein Granatfeuer eröffnet. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erscheinen unter dem Titel „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“. Die meisten Mitglieder des revolutionären Zentralkomitees (Käte) verbleiben inhaftiert.

Der „Voss. Zeitung“ reiste gestern Ministerpräsident Hoffmann mit dem Militärminister mit unbekanntem Ziel von Bamberg ab.

Zeit gestern befinden sich große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Marsch nach München.

Nürnberg, 16. April. Die Bauern der Oberpfalz fordern in einem Rotruf an die Regierung die sofortige Waffenabgabe an die Bauern, insbesondere im Bezirk Burg-Lengenfeld. Die Bauern wollen sich nicht wie tolle Hunde von den Spartakisten niederknallen oder in grausamer Weise ermorden lassen.

Regensburg, 16. April. In Mittenuan wurde der Bauernbundesführer Gaudorfer und der Arzt Dr. Aelcher verhaftet.

Bremen, 16. April. Nach einem Vortrag des Hauptmanns Beeckede Berlin (Spartakist) hat hier der Generalfreik aufs neue eingesetzt. Auch die Straßenbahnen streiken.

Infolge des Streiks der Hafenarbeiter können die im hiesigen Hafen liegenden amerikanischen Lebensmittel-Dampfer nicht gelöscht werden.

Czernin verdächtig.

Wien, 16. April. Dem Grafen Czernin wurde der verlangte Reise nach in die Schweiz von der Regierung verweigert, da man nicht zulassen könne, daß Czernin mit Mitgliedern der Entente zusammenkomme.

Der W. Kor. zufolge sollen die Czernin 40 Millionen unter französischer Führung auf Kriegsfuß

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 16. April. Wie verlautet, werden die deutschen Friedensbevollmächtigten in Versailles in einem zum Hotel du Reichswort gehörenden Gebäude untergebracht. Die Zusammenkunft wird im Trianonsalon stattfinden. Die militärischen Bedingungen werden von den Deutschen schlechweg angenommen werden müssen. Im Unterzeichnung des Friedensvertrags soll eine Frist von 8 Tagen bewilligt werden. Es gilt für unwahrscheinlich, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrags von deutscher Seite verweigert wird.

Paris, 16. April. Der Friedensvertrag wird einen Artikel enthalten, durch den sich Deutschland verpflichten soll, im Voraus allen Abkommen, die mit seinen früheren Verbündeten abgeschlossen werden, zuzustimmen. Bezüglich der Besetzung des linken Rheingebietes scheint die Meinung zu bestehen, daß die Vereinigten Staaten und England ihre Mitwirkung für ein bis zwei Jahre „nicht verweigern“ würden.

Paris, 16. April. (Mentor.) Der Oberste Wirtschaftsrat hat den Plan gut geheißen, der deutschen Regierung die in den Händen der Alliierten befindlichen Ueberreste an Rohstoffen (besonders zur Aufrechterhaltung des Bergbaus, Schmieröl usw.) schon vor dem Abschluß des Friedensvertrags unter besonderen Bedingungen zum Kauf anzubieten.

London, 16. April. Lloyd George sagte in einer Unterredung mit Pressevertretern, er billige die französische Forderung, daß Deutschland erst nach einiger Zeit in den Böhmerland aufgenommen werden.

Paris, 16. April. (Havas.) Der polnische General Haller hat am Dienstag Abend Paris verlassen. Er wird in Mainz zur ersten Staffel der polnischen Armee stoßen, die quer durch Deutschland nach Warschau befördert wird.

Rom, 16. April. Der „Matino“ schreibt zur Lösung der Saarbedenken, sie sei das Verträglichste und zugleich das Gefährlichste, was man hätte ausdenken können. Mit dem gleichen Recht, wie Frankreich das Saargebiet, könne Italien Neu-Seeland beanspruchen. Die Saarbevölkerung 15 Jahre ihrer politischen Rechte zu berauben, bedeute gerade, daß Datum des zukünftigen Kriegs voranzubestimmen.

Neue Schwierigkeiten.

Bern, 16. April. Wie die Pariser Blätter mitteilen, haben die militärischen Stellen der Friedenskonferenz von deutscher Seite die Mitteilung erhalten, daß zur Beförderung der polnischen Divisionen durch Deutschland an Stelle der vereinbarten 10 Züge täglich nur 5 Züge zur Verfügung gestellt werden können. Die Pariser Presse erklärt dies für einen Bruch des Abkommens und weist darauf hin, daß Joch bereits seine ursprüngliche Forderung von 20 Zügen täglich auf 10 Züge herabgesetzt habe. Von deutscher Seite werde gemeldet, für die Woche nach Ostern werde der ganze Verkehr auf der Linie Koblenz-Polen unterbrochen werden. Die Pariser Presse erwartet, daß Joch die deutschen Vorschläge ablehnen wird. Jedenfalls werden sich die polnischen Truppen für alle Möglichkeiten bereit halten und in den Wagen Gewehre und Maschinengewehre mit sich führen.

Neuer Landesverratsprozeß.

Paris, 16. April. Nach einer Havasmeldung steht ein neuer Landesverratsprozeß bevor. Anrassat ist ein

gewisser Leoy, der der deutschen Spionage in der Schweiz eine wichtige Mitwirkung gemacht haben soll.

Neues Ministerium in Spanien.

Madrid, 16. April. (Havas.) Das neue Ministerium Maura setzt sich folgendermaßen zusammen: Aufrüstung: Gonzales Fontaria, Justiz: Bicomte Rafanola, Finanzen: De la Cierva, Marine: Admiral Miranda, öffentlicher Unterricht: Silla, Krieg: Louis Santiago.

Rückkehr in die Heimat.

Bern, 16. April. Dem „Bund“ zufolge hat die französische Regierung unter gewissen Bedingungen gestattet, daß etwa 2000 wegen Tuberkulose oder wegen Verwundung in der Schweiz internierte deutsche Militärpersonen in nächster Zeit in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

Augsburg, 16. April. Der Bahn-, Post- und Fernsprech-Verkehr nach München ist heute wieder unterbrochen. Jeder Versuch, nach München zu gelangen oder von dort abzureisen, ist mit Lebensgefahr verbunden, da die dortigen Wächter alle Verkehrswege besetzt halten. Die Postverbre zwischen Augsburg und dem Nordbayerns dauert aus politischen Gründen an. Auch der private Telephon- und Telegrammverkehr ist eingestellt. Die Züge nach Norden verkehren nur bis Lichtenfels.

Explosion.

Miel, 16. April. Im Munitionsdepot Dietrichsdorf bei Miel entstand bei Unschädlichmachung von Munition eine heftige Explosion. Die anliegenden Häuser wurden vollständig zerstört und in weiter Umgebung alle Fenstererbsen zertrümmert. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen mehrere Personen getötet und etwa 40-50 verletzt sein.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 16. April.** (Stadnotgeld.) Un Artillern zu begegnen, wird bekannt gegeben, daß die seit 1. April aus dem Verkehr gezogenen 5- und 20 Mk. Scheine der Stadt Stuttgart bis 15. Mai d. J. bei den städtischen Kassendämtern eingelöst werden. Nach diesem Zeitpunkt sind sie ungültig. Die 50 Bq. Scheine bleiben bis 1. Juli im Umlauf.

(-) **Stuttgart, 16. April.** (Aus dem Parteileben.) Wegen der Verkehrsschwierigkeiten über die Osterfeiertage ist der auf 21. April angelegte Parteitag der Deutschen demokratischen Partei, sowie der Demokratische Kronentag (22. April) bis auf weiteres verschoben worden.

(-) **Stuttgart, 16. April.** (Streitabklärung.) Die Bankbeamten Stuttgarts haben es abgelehnt, in einen Sympathiestreik für die Berliner Bankbeamten einzutreten. (Die Bankbeamten in Mannheim dagegen streiken seit gestern.)

(-) **Stuttgart, 16. April.** (Brand.) Gestern nachmittag geriet im Lagerraum eines Tapeziergeschäfts in der Alexanderstraße Postmaterial in Brand. Der Schaden ist erheblich.

(-) **Waldenburger, 16. April.** (Schwindler.) Im Residenzklasse machte sich ein als Zahlmeister verkleideter etwa 50 Jahre alter Mann an einen Zigarrenhändler von Stuttgart heran und schwindelte ihm unter dem Vorwand, 100 Mk. Zigaretten liefern zu können, 20.500 Mk. ab. Für die Beibringung des Geldes sind 6 Prozent Belohnung ausgesetzt.

(-) **Heilbronn, 16. April.** (Arbeitsgemeinschaft der Beamten.) Eine große Zahl der staatlichen, städtischen und Militär-Beamten, der Geistlichen und Lehrer haben sich zur Wahrung der gemeinsamen Interessen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

(-) **Tübingen, 16. April.** (Räumung des Schlosses.) Das bisher als Massenquartier benützte Schloss Hohen-Tübingen wurde zu Beginn ds. Wts. von der Exzessverwaltung geräumt und der Wirts. Finanzverwaltung wieder zur Verfügung gestellt.

(-) **Heilbronn, 15. April.** Lohnbewegung. Mit Umgehung der gewerkschaftlichen Organisation wurde von jüngeren Arbeitern der Metallindustrie eine neue Lohnbewegung eingeleitet. In zwei Versammlungen wurden weitgehende Forderungen aufgestellt und die Wiederaufnahme der Arbeit von der Erfüllung der Forderungen abhängig gemacht.

(-) **Göppingen, 16. April.** (Ueberfahren.) Die 21jährige Tochter des Magaziniers Küfer von Birenbach geriet beim Einsteigen in den schon im Gang befindlichen Zug unter die Räder und wurde sofort getötet.

(-) **Gmünd, 16. April.** (Von der Garnison.) Hier ist ein Bataillon S.A.-Truppen unter Major von Wahlen gebildet worden; zu den bereits hier befindlichen Sicherheitsstruppen kamen die 8. und 15. S.A.-Kompanie aus Tübingen und Ebingen. Das Bataillon hat ein reichendes Trompeterkorps.

(-) **Gmünd, 16. April.** Arbeiterrat und Gemeindegelder. Die Mehrheitssozialisten sind vor einigen Monaten infolge von Meinungsverschiedenheiten mit den Unabhängigen aus dem hiesigen Arbeiterrat ausgetreten. Die Unabhängigen ergänzten darauf den Rat von sich aus. Nun hat der Bürgerrat an die bürgerlichen Kollegien das Ersuchen gerichtet, die aus der Stadtkasse an den Arbeiterrat regelmäßig geleisteten Zahlungen einzustellen, bis durch die Neuwahl des Arbeiterrats eine ordnungsmäßige Vertretung der gesamten Arbeiterschaft hergestellt sei.

(-) **Gmünd, 16. April.** (Besitzwechsel.) Das weithin bekannte Hotel „Nad“ ist um 200.000 Mk. in den Besitz des Robert Mayer in Weisingen übergegangen.

(-) **Ulm, 15. April.** (Wohnungsnot.) Die Wengentafelne ist der Stadt zur Errichtung von Notwohnungen überlassen worden.

(1) **Mlm, 16. April.** (Polizeihund.) Bei der Untersuchung eines beträchtlichen Lebensmitteldiebstahls in Dellmeningen verfolgte ein Polizeihund die Spur bis Ludwigsfeld bei Neu-Ulm (6 Kilometer) und verbellte den Täter, bei dem die gestohlenen Waren dann auch gefunden wurden.

(2) **Viberach a. M., 16. April.** (Todesfall.) Im Alter von 91 Jahren ist gestern früh Zuberpfister Pfarrer Andreas Schilling gestorben.

(3) **Zuttlingen, 16. April.** (Todesfall.) Medizinalrat Dr. Schneckenburger, der erst vor kurzem von seiner Stelle als Oberamtsarzt in den Ruhestand getreten war, ist gestorben. Er war ein Sohn des Dichters der „Wacht am Rhein“.

(4) **Heidenheim, 16. April.** (Wirklicher Schwindler.) Ein Schwindler, der sich als Ingenieur ausgab, wollte bei einer Bank hier ein Scheckkonto errichten und hinterlegte einen Scheck mit über 500 000 Mk. Gegen Scheck suchte er in hiesigen Geschäften Waren zu kaufen, was ihm aber nicht gelang. Der Schwindler ist verhaftet.

(5) **Sigmaringen, 16. April.** (Berichtigung.) Die Nachricht, daß Regierungspräsident Graf von Bühl demnach seine Abreise nehmen und sich in Hailerloch niederlassen wolle, ist unrichtig.

Aus der Landesversammlung.

Stuttgart, 16. April.
Der in den Ausschüssen gründlich vorbereitete Gesetzentwurf über die Verfassungsurkunde Württembergs fand heute in zweiter Lesung zur Beratung der Landesversammlung. Man hofft damit noch vor Ostern fertig zu werden und am Freitag nach Ostern die 3. Lesung vornehmen zu können, so daß das wichtige Werk in Bälde einer Volksabstimmung unterbreitet werden kann. Zu Beginn der Beratungen schritt der Abg. Haubmann die Frage einer Vereinigung zwischen Baden und Württemberg an, nachdem er die Möglichkeit eines Zusammenschlusses Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland, einer engeren Verbindung mit Württemberg und Hohenzollern, das schon bei den Nationalparlamentarismen einen Wahlkreis gebildet hat, begrüßt hatte. Obenan stehe bei Lösung dieser Fragen der Grundgedanke des freien Willens der in Betracht kommenden Landestelle. Es bestehe kein Zweifel, daß beide Seiten, vor allem auf württembergischer Seite, durch eine Vereinigung nur gewinnen können. Die Bedenken derer, die noch nichttraulich bestimme seien und eine Schwächung der bundesstaatlichen Einheit befürchten, sah der Abg. zu zerstreuen u. a. auch mit dem Hinweis darauf, daß ein Teil der Sitzungen der künftigen gemeinsamen Volksvertretung in Karlsruhe stattfinden könne, das neben Mannheim die erste süddeutsche Handelsstadt bleiben werde, so gut wie Pforzheim die erste süddeutsche Industriestadt. Auch der Abg. Pflüger (Soz.) brachte die Sympathie zum Ausdruck, die die Arbeiterklasse einer Vereinigung Württemberg-Baden entgegenbringe.

Namens der Regierung erklärte Staatspräsident Bloss, daß er den vorgetragenen Wünschen sympathisch gegenüberstehe. Da aber noch Meinungsverschiedenheiten in manchen Punkten bestehen, so habe sich die Regierung nicht für befugt, der Bewegung, die sich erst in der Bevölkerung ausbreiten müsse, vorzugreifen. Sobald Aussicht auf eine engere Fühlungnahme zwischen Württemberg und Baden bestehe, werde die Regierung entsprechend Stellung nehmen. Abg. Hofschla (Unabh.) wolle keine Vereinigung von Baden und Württemberg, vielmehr den Zusammenschluß aller Gliedstaaten zu einem deutschen Einheitsstaat. Ein entsprechender Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag seiner Fraktionsgenossen Feilcke auf Errichtung eines Reichstags mit politischen Mandatsbefugnissen. Ferner ein Antrag der Bürgerpartei auf Festsetzung des Wahlalters auf das 21. Lebensjahr. Es bleibt also bei dem Auswahlantrag, der das Wahlalter auf das 20. Lebensjahr festsetzt. Ein Antrag der Bürgerpartei wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und

desentrums abgelehnt, zu dem Auswahlantrag über die Freiheit der Kunst und Wissenschaften folgenden Zusatz zu machen: „Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben davon unberührt.“ Eine ausgedehnte Aussprache entspann sich sodann bei der Frage der Gewährung einer vollen Entschädigung bei der Enteignungs- und Sozialisierungsfällen. Ein Antrag Bälke auf volle Entschädigung wurde gegen die Stimmen desentrums und der Bürgerpartei abgelehnt; dagegen einstimmig ein Antrag Haubmann angenommen; den Klein- und Mittelgrundbesitz, sowie den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand gegen Ausfaltung und Bewucherung, die Arbeitskraft der Angestellten und Arbeiter gegen Ausbeutung und Gefährdung zu schützen und wie alle schaffenden Berufe in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.

(1) **Stuttgart, 16. April.** (Strafkammer.) Der 8 Jahre alte Metallarbeiter Karl Härbe aus Neckarweilungen und der 32 Jahre alte Bureaudienstler Emil Händel aus Saphen brachen am 21. Januar in die Diensträume der Generalstaatsanwaltschaft im „Europäischen Hof“ hier ein und stahlen nach der Anklage 2815 Mk. Härbe wurde zu 10 Monaten 3 Tagen, Händel zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein dritter Teilnehmer, ein gewisser Karl Luy, ist flüchtig.

Der frühere Verwalter des Militärdepots in Waiblingen, Hermann Glische aus Halle a. S., wurde wegen Diebstahls von amertantem Gut im Wert von 1100 Mk. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baden.

(1) **Karlsruhe, 16. April.** Nachdem der badische Abgeordnete Minister Hermann Dietrich sein Mandat für die deutsche Nationalversammlung niedergelegt hat, rückt der frühere Reichstagsabg. für Freiburg, Geh. Hofrat Professor Dr. Gerhard von Schulze-Gävernitz in die deutsche Nationalversammlung als vierter auf der Liste der Bewerber der Deutschen dem. Partei in die Nationalversammlung ein.

(2) **Karlsruhe, 16. April.** Proteste gegen die badische Verfassung sind bei der bad. Nationalversammlung eingegangen von dem Graflich Leiningen-Billigheimen und der Fürstlich Leiningenschen Generalverwaltung Amorbach. Diese Proteste stellen sich auf den Standpunkt, daß die neue Verfassung der Rechtsgrundlage entbehre und einen Eingriff in wohlverbundene Rechte darstelle. Einen ähnlichen Protest hat bereits der Fürst von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg erlassen.

(3) **Mannheim, 15. April.** Am 8. April hat sich wegen christlicher Streitigkeiten ein 14jähriger Schwiegersohn eine Schnittwunde im rechten Ohr beigebracht. Er ist seinen Verletzungen erlegen. Drei Eisenreiter von Waldhof fanden im Kaiserparkwa. de zwei hertenlose Pferde mit Wagen. Die Tiere waren vermutlich gestohlen worden und sollten offenbar geschlachtet werden.

(4) **Stuttgart, 16. April.** In der heut. Sitzung der württ. Landesversammlung sprach sich Abg. Haubmann für eine Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern aus, die Lösung der Frage müsse aber dem freien Willen des Volks überlassen bleiben. Staatspräsident Bloss erklärte namens der Regierung, sie stehe der Vereinigung durchaus sympathisch gegenüber, doch bestehen noch Meinungsverschiedenheiten und die Regierung wolle der Entscheidung der beiderseitigen Bevölkerung nicht vorgreifen. Unleugbar würde die Vereinigung für beide Teile wirtschaftlich von Nutzen sein.

Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei.

Die Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei über die Osterfeiertage, die jetzt erst bekannt geworden sind und sonstige Hindernisse, veranlassen die Parteileitung den auf 21. April einberufenen Vertretertag zu verschieben. Der neue Zeitpunkt wird später bekanntgegeben.

Der Sommerfahrplan tritt in diesem Jahre bei den deutschen Eisenbahnverwaltungen am 1. Juni in Kraft. Eine wesentliche Einschränkung der dem Fernverkehr dienenden Fahrtgelegenheiten wird auch weiterhin erforderlich sein.

Eisenbahnjagd. Mit Fahrkarten, die auf württembergischen Stationen in der Zeit vom 17. bis 20. April gelöst werden, muß die Reise gleich am Tage der Ausgabe angetreten werden.

AMBI-Dachstein-Maschine

für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Evang. Gottesdienst. Karfreitag, 18. April. Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Köster. Abendmahl. Das Osterfest für die kirchliche GEMEINSCHAFT des Co. Konfirmanden bestimmt. Abends 5 Uhr Geistliche Musikaufführung von „Alte vom E. Reich“ hier unter gütiger Mitwirkung anderer Orgelbegleiter. Eintritt frei. Die Abendmahlfeier wird aufgestellt zu Gunsten der Anschaffung eines neuen Harmoniums für Schule und Gottesdi. in Sprellenhaus. Für diesen Zweck wird um reichliche Beköstigung gebeten. Nach Schluß der Geistl. Musikaufführung Beichte und Anmeldeung zum Abendmahl am Osterfest.

Kath. Gottesdienst. Samstag 9 1/2 Uhr Predigt und Liturgie, nach dieser Bestunden bis Abends 6 Uhr, sodann Mette. Sonntag früh 6 Uhr Weihen, 7 1/2 Uhr Amt, nachm. 3 Uhr Beicht und abends 6 Uhr Auferstehungsfeier.

Rückgratverkrümmungen. Berühmte Autoritäten auf dem Gebiete der orthopädischen Behandlung von Rückgratverkrümmungen aller Art haben die herodotischen Eigenschaften des Haeberlein-Redressionsapparates anerkannt. Von diesen Vorzügen wird als der wichtigste der Umstand geschilert, daß die Patienten die App. ohne Beschwerden auch während der Nacht anbehalten können. Interessante Broschüre sendet kostenlos die Firma Frau Menckel, Stuttgart, Hegelstr. 11.

Druck und Verleger der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wiltbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, Hofbad.

Amliche Fremdenliste.

Verzeichnis der vom 23. Februar bis 31. März 1919 angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Gasth. zur alten Lude.

Bauer, Hr. A., Hotelsekretär	Calw
Krebs, Hr. Anton	Lahr Baden
Cordes, Hr. Rfm.	Mannheim
Berthau, Hr. Gustav, Rfm.	München
Häbich, Hr. Offiz., Stellv.	Ludwigsburg
Hoffmann, Hr. Felix, Ingenieur	Berlin-Wilmersdorf
Schenk, Hr. Eugen	Gmünd
Knoblauch, Hr. Rudolf mit Frau Gem.	Stuttgart
Wirth, Hr.	Strasbourg
Neumeister, Frä. Anna	Stuttgart
Schmid, Hr. Gottlob mit Frau Gem.	Oberndorf
Wiesner, Frau Emilie	Stuttgart
Lug, Hr. Alfred, Rfm.	Colw
Scheunflug, Hr. B. mit Frä. T.	Heilbronn
Kranich, Hr. B.	Stuttgart
Klaiber, Hr. C., Architekt	"
Boppel, Hr. L.	Heidelberg
Göden, Hr. Albert, Ingenieur	Stuttgart
Stilling, Hr. M., Rfm.	Rastatt
Petersen, Hr. S., Rfm.	Stuttgart
Dolberger, Hr.	Nalen
Koß, Frä. Marianne	Ludwigsburg
Rauscher, Hr. Rfm.	München
Höls, Hr. Karl	Stuttgart
Bayer, Frä. A.	"
Holeker, Hr.	Cannstatt
Hausler, Hr. Paul, Zahntechniker	"
Sinke, Hr. Hugo, Rfm.	Stuttgart
Denide, Hr. Rfm.	"
Böge, Hr. W., Fabrikbesitzer	Böblingen
Reuhl, Hr. Felix	Nürnberg
Stahl, Hr. Karl, Inspektor	Stuttgart
Bähler, Hr. Leutnant	"
Berner, Hr. Siegfried, Ingenieur	"
Schneider, Hr. Leutnant	Heidelberg
Baumann, Hr. Ludwig, Bildhauer	Göppingen
Weiher, Hr.	St. Georgen
Schwein, Hr. Otto, Rfm.	Pforzheim
Göb, Hr. Dr. Direktor mit Frau Gem.	Rehl
Bühler, Hr. G., Rfm.	Konstanz
Schöller, Hr. Rfm.	Kornwestheim
Bumer, Hr. Franz, Geschäftsführer	Stuttgart
Hechtzig, Hr. W., Ingenieur	Neustlingen

Gasth. zum Anker.

Henninger, Hr. Wilh., Rfm. Stuttgart

Gasth. zum Bad. Hof.

Klump, Frau Luise Pforzheim
Lorch, Frä. W.
Zäd, Fr. L. Schwann
Kaufmann, Hr. Karl, Rfm. Weinsheim
Schuch, Hr. Paul
Barth, Hr. Chr. Dörsenbach

Gasth. zur Eisenbahn.

Hindrichs, Hr. Emanuel Stuttgart
Gierbach, Hr. mit Frau Gem. Mühlhausen
Schürmann, Hr. Her. Freiburg
Wiedmann, Hr. Gustav, Inspektor Bödingen
Kranke, Hr. Fridr., Rfm. Köln
Kotensloß, Hr. Fr., Baumeister Gmünd
Veel, Hr. Karl, Rfm. Rommelshausen
Eggljaß, Hr. Karl, Rfm. mit Frau Gem. Ulm
Schneider, Hr. Willy, Rfm. Stuttgart
Vanderbroeck, Hr. Pfarrer

Hotel gold. Hof.

Schun, Hr. Dr. Generaloberarzt Ulm a. D.
Hagmair, Hr. Th., Rfm. Pforzheim
Sachse, Hr. L., Kunstmalerei Stuttgart
Peters, Hr. Fabrikant mit Frau Gem. Kottweil
Rothmann, Hr. Emil Stuttgart
Andreas, Hr. Sch., Gutsbesitzer Frankfurt a. M.
Müller, Hr. Fr. Fabrikant Erbach
Hilfinger, Hr. Dr. mit Frau Gem. Charlottenburg

Gasth. zum grünen Hof.

Widmann, Hr. Ofelsheim
Weismann, Hr. Albershausen

Hotel Kühler Brunnen.

Niede, Hr. Professor Ludwigsburg
Klob, Frau Alara, Oberleutnantsg. Stuttgart
Dembel, Hr. Schwetzingen

Hotel Maisch.

Rilling, Hr. W., Rfm. Stuttgart
Wöhle, Hr. Chr., Rfm. Schwemingen
Schwent, Hr. Hugo, Rfm. Balingen
Weniger, Hr. J. Dr. med. mit Frau Gem. Karlsruhe
Landauf, Hr. Karl Stuttgart
Reichow, Hr. A. Rfm. Frankfurt a. M.
Sarg, Hr. Frä., Architekt
Krauter, Frä. Sofie Schorndorf
Nieble, Hr. Karl, Rfm. Stuttgart
Halb, Hr. Joseph
Braun, Hr. Hermann
Srielerberger, Hr. Hugo, Rfm.

Heger, Hr. Dr. Bruno
Josenhans, Hr. Dr. med. Tübingen

Hotel Palmengarten.

Galler, Hr. Pforzheim
Bücher, Frä. Luise
Maier, Hr. Felix, Rfm. Schömberg

Schwarzwaldhotel.

Schäfer, Frau Mina Darmstadt
Eberth, Hr. Willy
Eitel, Hr. Hermann
Heber, Frä. Elise
Hohmayer, Frä. Betty
Münke, Hr. Rfm.
Zimmerle, Hr. Emil, Buchhalter
Kaplan a. Rh.

Gasth. zur Sonne.

Büchner, Hr. Dr. Georg, Staatsanwalt Dresden
Ströwe, Hr. Fabrikant
Hoffmann, Hr. Vize-Konjul
Hoffmann, Hr. Wilhelm, Arzt
Bödele, Herr
Kramich, Hr. Otto, Rfm.
Göden, Hr. Albert, Ingenieur
Geiling, Hr.
Neundorff, Hr. Fabrikant
Schmidt, Hr. Albert, Bauereibesitzer
Kolmar, Hr. Friedrich
Möller, Hr. August, Rfm.
Ronsdorf, Frä. Elise

Gasth. zum wilden Mann.

Gähler, Hr. Chr. Ulm a. D.
Strähle, Hr. Anton
Gäher, Hr. Karl, Werkmeister Stuttgart
Riethammer, Hr.
Schwend, Hr. Rfm.
Wigger, Hr. Werkführer
Schlingen

Gasth. zum Windhof.

Voll, Frä. Elisabeth Riebelberg

In den Privatwohnungen:

Frä. Fuchs.
Grabenstein, Frau Ludwigsburg
Schweikle, Frau Lina, Postsekretärs-Wite. Neuenstein
Haus Hecker.
Dente, Hr. Heinrich, Rittmeister Tübingen
Villa Karlsruhe.
Etzle, Hr. Georg, Dr. phil. Studienrat Weß
Haus Ruch.
Jehle, Frau J. Eonhofen
Frau Sauer.
Denn, Frau Mannheim

Zahl der Fremden 193.



Stadt. Arbeitsamt Wildbad.

Hernspruchanschluß Nr. 140.
(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenvermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

a.) Männlich:

b.) Weiblich:

Köchinnen
Küchenmädchen
Zimmermädchen
Office-Mädchen
Dienstmädchen
Wäschkauen

Stellen suchen:

Sevierfräulein
Masseuse

Kaufleute

Rübe

Rechner

Friseur

List

Maschinenbauer

Geschäftsführer für Hotel

Blaser

Seiger

Elektrotechniker

Bekanntmachung.

Am Samstag können keine Kartoffeln abgegeben werden, da der in Aussicht gestellte Waggon nicht eingetroffen ist.

Stadt. Lebensmittelamt.

Eier-Abgabe.

Die Versorgungsberechtigten erhalten bei dem Kaufmann von welchem sie auf Nr. 22 je 3 Eier erhalten haben, weitere 5 Stück pro Person.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Freiwillige Feuerwehr

Wildbad

Am Ostermontag früh 1/2 8 Uhr rücken der Stab und die Jüge 1 bis 7 zur

Schul-Uebung

aus.

Das Kommando.

Frisch gewässerte

Stockfische,

forte

pr. Sauerkraut

empfehl

Adolf Blumen hat.



Geflügel- u. Kaninchen-
Züchter-Berein Wildbad



Für die kommende Zuchtzeit wird den Mitgliedern empfohlen nur reindrüssige Geflügel ausbrüten zu lassen und werden

Brut-Eier

von einfach u. rosenk. rehnsfarb. Italienern, gelbe u. silberhalsige Italiener, schwarze Minorke, weiße und blaue Wyandodes, gelbe, blaue und schwarze Orpington, silberfarbige Gaulhühner (Brusa) gegen andere umgetauscht, auch werden Bruteier anderer Rassen besorgt, und dazu Zuschüsse von der Vereinskasse gewährt.

Anmeldungen an den Vorstand Carl Kometsch.

Basende

Oster-Geschenke!

A. Pfannstiel,

Wilhelmstraße Nr. 110.

Schmuckfachen aller Art.

Mod. Haarspangen, Steder, Frisierkämme,

Lederwaren, Geldbeutel und Handtaschen.

Loche- und Postkarten-Albuns,

Neuheit: Erinnerungsbilder.

Taschentuch- und Handschuhläden.

Preispapier Kassetten.

Geschenkartikel von 50 Fig. an.

Reizende

Oster-Artikel.

Oster-Eier mit und ohne Färbung von 20 Fig. an.

Sommerspielsachen.

Bälle in großer

Auswahl!



Reiche Auswahl in Ostergeschenken
finden
Sie

in
der Buchhandlung

Trittler

Wildbad

König Karlstraße 187.

Sonntags von 11-1 geöffnet.

Neu eingetroffen ist eine große

Partie Bürstenwaren

in bester Qualität und zwar:
Wasch- und Trep-Bürsten
Schup, er in 10 versch. Sorten
Et abbesen aus Koffhan und
Koriten
Rehris abbesen aus Koffhua
und Borsten
Sorghobesen
Staubpinsel
Staubwedel
Pferdebürsten

Klosettbürsten
Gräserbürsten
Kloset in 11 n
Klosetbürsten
Abreibbürsten
Glanzbürsten
Klosetbürsten
Winkel in 110. Größen

Aleider-Bürsten

Haar-Bürsten

Parfettbodenbürsten (Ploeder in allen Größen
Einf.-bürsten für Pl.-der in allen Größen

Robert Treiber.

Zahnpraxis Fritsche

vom 17. bis 23. April geschlossen.

Wildbad, den 17. April 1919.



Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche mir während der Krankheit und nach dem Hinscheiden unserer lieben Tochter, Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Braut

Marie Vollmer

geb. Rayer

erfahren durften, für die schönen Blumenpenden und die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer, insb. sonderlich für die liebevolle aufopfernde Pflege der Krankenschwestern, für die letzte Ehre ihrer Schulstammesbrüder, für den erhabenden Gesang des Viederkranzes, für die Herrn Träger, sowie für die zahlreiche Begleitung zu Ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten und aufrichtigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen:

Karl Rayer mit Frau und Geschwister.

Am Samstag vor Ostem, den 19. April ds. Js. bleibt unsere Kasse geschlossen.
Vom 22. April 1919 ab sind unsere Kassen:
Vormittags 9-12 Uhr
Nachmittags 2-3 Uhr
Samstag Nachmittags geschlossen.
Stal und Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Laeder-
kranz
Wildbad.
Samstag abend 8 Uhr
Probe
im Lokal.
Der Vorstand.

Grüßlihandl.
Eine Erlösung
für Jeden ist unser
Spranzband
Deutsches Reichspatent
Ohne Feder,
Ohne Schenkelriemen.
Konkurrenzlos dastehend!
Abbildung und Beschreibung
kostenlos durch die Erfinder.

Fräulein
sucht Stellung in Geschäft,
oder auch als
Zimmermädchen
in gutem Hause.
Gest. Angebote unter G.
S. Nr. 50 an die Exped. ds.
Blattes erbeten. [298]

Gebr. Spranz, Unterkochen
(Wittbg.) Nr. 160

Fräulein,
(31.) im Umgang mit Herr-
schaften vertraut, sucht Stelle
als
Empfangs-
dame
od. ähnliches. Mit od. ohne
freie Station. Gest. Off. unt.
N 1815 an Haafenstein
u. Vogler A. G. Karlsruhe.

Rückgratverkrümmung
Ihre Behandlung nach
System Mann.
Hochinteressante
Kroschüre, reich
illustriert, zu be-
ziehen gegen Vor-
zahlung von
1.- Mark in
Briedmarken
von

Fräulein,
Franz Menzel, Stuttgart,
Degestr. 41.

Kleinglattbach,
Pferdestränge
(auch für Joch passend)
aus gut verzinktem Draht,
sauber wie gewöhnliche Stränge
gekochten, mit Strangkörper
unverwundlich, leicht
einzuwickeln, erprobt und billig.
G. Burger,
Kernspr. Amt selbst.

Flachs-Samen
frisch eingetroffen.
Grundner Nachf.,
A. u. W. Schmitz,
Med. Troggen u. Photo-Haus.

Zimmer
wird für sofort gesucht. [299]
In erfragen in der Exped.

